



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung am
17.02.2026
öffentlich**

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Uwe Kramer

Ute Haupt
Yvonne Krause

Franziska Blath

Dr. Gaby Hayne

Anna Manser

Ausschussvorsitzender
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN
WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
stellv. stimmbberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Verwaltung:

Katharina Brederlow

Alexander Frolow
Annika Seidel-Jähnig
Stefanie Goy
Dr. Sebastian Meißner
Annett Fritzsche
Beate Erfurth
René Lukas

Beigeordnete für Bildung und Soziales
Teilnahme bis 16:25 Uhr
Leiter Fachbereich Bildung
Referentin Bildung und Soziales
Jugendhilfeplanerin
Sozialplaner
Sozialplanerin/Bildungsmonitoring
Kitafachplanerin
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Friedemann Raabe
Christof Starke

Fraktion Volt/MitBürger
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Herr Kramer eröffnete die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Da es keine Wortmeldungen gab, rief **Herr Kramer** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt.

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.01.2026
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorläufige Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2026/02234
- 7.2. Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch Integrierte Sozialplanung“ (MUvIS) Vorlage: VIII/2026/02248
- 7.3. FaktenCheck Bildung 2025 Vorlage: VIII/2026/02309
- 7.4. Information zum Neubau Campushaus Halle-Neustadt
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.01.2026
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 20.01.2026

Es gab keine weiteren Einwendungen gegen die Niederschrift vom 20.01.2026 sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorläufige Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2026/02234

Herr Kramer erläuterte den Ausschussmitgliedern die vorliegende Jahresplanung.

Es gab keine Fragen.

Anmerkung: Die Jahresplanung ist im Session hinterlegt

zu 7.2 Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch Integrierte Sozialplanung“ (MUvIS)
Vorlage: VIII/2026/02248

Herr Dr. Meißner informierte anhand einer Präsentation zu dem Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch Integrierte Sozialplanung“ (MUvIS).

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt erkundigte sich, ob dieses Verbundvorhaben auch für Kinder bzw. Pflegekinder angedacht ist.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass grundsätzlich der inhaltliche Aspekt des SGB XI umgesetzt werden soll, insbesondere im Bereich der Planung. Er bestätigte, dass nicht nur Senioren, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen bei diesem Vorhaben im Blick sein sollten.

Frau Krause fragte, welches konkrete Endergebnis für die pflegende Person jenseits des bürokratischen Aufwands entsteht. Manche Pflegeeltern erhalten regelmäßig eine Pflegeberatung über ihre Krankenkasse. Sie bemerkte, dass im Passmodell lediglich festgelegt wird, dass die Pflegeberatung genutzt werden muss.

Herr Dr. Meißner sagte, dass das Passmobil die Leistung direkt vor Ort anbieten soll, etwa in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ähnlichen Einrichtungen. Dadurch müssen nicht alle Bürgerinnen und Bürger zu einem zentralen Ort fahren. Ziel ist es, eine zusätzliche Unterstützung vor Ort anzubieten, insbesondere für Angehörige.

Frau Krause bemerkte, dass ihre Krankenkasse jeden Besuch beim Pflegedienst zulässt und sie dort eine Pflegeberatung in Anspruch nehmen kann.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass hierbei auch an Menschen gedacht werden muss, die nicht mobil sind, einschließlich Eltern mit behinderten Kindern. Sie sagte, dass solche Familien oft Schwierigkeiten haben, zu Beratungen zu gelangen, insbesondere außerhalb der Innenstadt. Die Bedürfnisse richten sich stärker an den peripheren Bereichen, wo der ÖPNV schwächer ausgebaut ist. **Frau Brederlow** betonte, dass der Schwerpunkt von dem Verbundvorhaben eher für ältere Menschen erstellt wurde. Die Verwaltung sieht dieses Vorhaben als Gewinn an, weil man vergleichen kann, was die beiden anderen kreisfreien Städte in dieser Hinsicht unternehmen.

Frau Haupt stellte fest, dass auch dieses Projekt irgendwann enden wird. Sie erkundigt sich, ob das Passmobil nach dem Projekt weiterbestehen soll und ob es schon Ideen oder Planungen zum weiteren Verlauf des Vorhabens gibt.

Herr Dr. Meißner teilte mit, dass das Vorhaben bis Ende 2028 gefördert wird. Er sagte, dass die Planung und die vergaberelevanten Aspekte vor Ort bleiben müssen, damit die Verwaltung die Nutzungsrechte behalten kann. Des Weiteren muss beim Passmobil geprüft werden, wie eine Verstetigung der Struktur langfristig gewährleistet werden kann.

Herr Kramer bedankte sich bei Herrn Dr. Meißner für seine Ausführungen.

zu 7.3 FaktenCheck Bildung 2025 Vorlage: VIII/2026/02309

Frau Fritzsche informierte anhand einer Präsentation zu

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt bezog sich auf den Passus „Schulsozialarbeit: inzwischen an drei von vier Schulen und Aufwuchs der Vollzeitstellen (seit 2020 + 8 VZS)“ in der Präsentation. Diese Aussage bzw. Benennung der Sachlage kann nach ihrer Meinung zu Irritationen führen.

Frau Fritzsche sagte, dass im Session ein hinterlegter „Faktencheck Bildung 2025“ ersichtlich ist. Dieser enthält eine verständlichere Darstellung mit Kreisdiagrammen und Prozentwerten zum Sachverhalt. Sie nahm den Hinweis von Frau Haupt auf

Herr Kramer bemerkte, dass in seiner Einrichtung alle Mitarbeitenden den Faktencheck Bildung als gute Arbeitshilfe nutzen.

Herr Kramer bedankte sich bei Frau Fritzsche für ihre Ausführungen.

zu 7.4 Information zum Neubau Campushaus Halle-Neustadt

Frau Seidel-Jähni informierte anhand einer Präsentation zum Neubau Campushaus. Halle-Neustadt.

Frau Haupt hinterfragte, welche Aufgabe der geplante Förderverein für das Campushaus Halle-Neustadt haben würde.

Frau Seidel-Jähni teilte mit, dass die Fördermittel für den Bau zur Verfügung stehen. Die Verwaltung beantragt die Startmittel, um das Personal zu entlasten. Im Einzelnen soll er auch hierbei klassische Aufgaben, wie z.B. Mitbeschaffung von Geräten, Gewinnung von Mitgliedern und Sponsoren und Einwerben von Spenden, übernehmen.

Herr Kramer bedankte sich bei Frau Seidel-Jähni für ihre Ausführungen.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

zu 8.1 **Herr Kramer zur Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale)**

Herr Kramer erkundigte sich, wie die Jugendhilfeplanung zum Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des Sondervermögens des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität in der Stadt Halle (Saale) berücksichtigt wird.

Herr Frolow sagte, dass ein verfügbares Fördervolumen von rund 15 Millionen Euro besteht, dass das Land für Infrastrukturmaßnahmen in der Jugendarbeit und Jugendhilfe einsetzen kann. Er erwähnte, dass das Schreiben zum Grundsatzbeschluss noch geprüft werden muss und der Zeitplan noch nicht feststeht. Die Maßnahmen richten sich vorrangig an Einrichtungen der Jugendarbeit und der Jugendhilfe, gefolgt von einer Bedarfsabfrage und regelmäßigen Informationen über den Stand.

Frau Haupt stellte fest, dass die Auszahlungen zur Förderung der Angebote der Träger der freien Jugendhilfe gemäß der Jugendhilfeplanung noch nicht vollzogen sind. Sie erkundigte sich, ob der Verwaltung eine mögliche Schließung des Kinderschutzbundes bekannt ist.

Herr Kramer teilte mit, dass die freien Träger gerade Gespräche über die Auszahlungstermine führen. Aktuell ist der Sachverhalt der Auszahlungen an die freien Träger sehr angespannt. Er sagte, dass die freien Träger bestimmte Leistungen nicht vorhalten können, obwohl sie ihr Personal noch bis zum Ende des Monats zur Verfügung haben.

Herr Frolow teilte mit, dass der Fachbereich 51 alle nötigen Mittel bei der Kämmerei beantragt hat und die Freigabeanträge pünktlich vorliegen. Die Mittel für präventive Jugendarbeit wurden noch nicht bewilligt, weil derzeit Gespräche mit der Kommunalaufsicht zu Haushaltssatzung, Begründung und Auflagen geführt werden. Eine konkrete Entscheidung liegt demzufolge noch nicht vor. Für die Bereiche wie Kita und HzE wurden Freigaben in reduzierter Form erteilt. Er sagte, dass zur Jugendarbeit im präventiven Bereich bereits eine Beschlusslage besteht.

zu 9 **Anregungen**

Da es keine Anregungen gab, beendete Herr Kramer den öffentlichen Teil und bat, um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer